

Positionspapier - One Pager zur finanziellen Situation 2023

Ist das der Dank für drei Jahre Corona-Pandemie? Während der Pandemie wurden die Krankenhausmitarbeiter/innen aller Berufsgruppen in höchsten Tönen gelobt, öffentlichkeitswirksam beklatscht und die Krankenhäuser durch Ausgleichszahlungen unterstützt. Aktuell sieht es jedoch so aus, als gingen die Krankenhäuser aus der Pandemie als großer Verlierer hervor: Die Patientenzahlen bleiben weiterhin hinter dem Niveau von 2019 zurück; der Fachkräftemangel hat sich weiter verschärft; die massiv gestiegenen Energiepreise treffen die Kliniken mit voller Wucht; und die hohe Inflation lässt Sach- und Personalkosten in ungeahnte Höhen klettern.

Aus Sicht der Klinik-Kompetenz-Bayern eG (KKB) sind die Kliniken in Deutschland mittlerweile selbst zum kranken Patienten geworden. Den meisten von ihnen wird es ohne staatliche Unterstützung in Form eines finanziellen Hilfspaket wahrscheinlich nur schwer gelingen wieder gesund zu werden. Die Vergütungsreform des Bundesgesundheitsministeriums wird für viele Kliniken zu spät kommen, wenn eine schnelle Finanzspritze 2023 ausbleibt. Bereits für 2022 werden 90% der 33 KKB-Mitgliedskrankenhäuser ein negatives Jahresergebnis zu verzeichnen haben. Aufgrund der zunehmend verschlechterten Rahmenbedingungen im Jahr 2023 plant aktuell keine Klinik der KKB mehr mit einem positiven Jahresergebnis, sondern im Gegenteil mit einem kumulierten Defizit von fast -300 Mio. €. Bei 13795 Planbetten, die die KKB vertritt, entspricht dies für 2023 einem jährlichen Defizit von -21 T€ pro Planbett; für 2022 waren es -13 T€ pro Planbett. Im Jahr 2020 lag dieser Wert zum Vergleich noch bei -5 T€, da immerhin noch 13 Klinikträger der KKB ein positives Jahresergebnis ausweisen konnten.

Die Gründe für die desaströse Lage der Krankenhäuser liegen auf der Hand. Die Kliniken werden aktuell noch, abgesehen vom Pflegebudget, nach erbrachter Leistung, nach Fällen und Behandlungsschwere bezahlt. Der Landesbasisfallwert (LBFW), auf dessen Basis sich die Vergütung pro Fall errechnet, wurde 2022 und 2023 um 2,3% und 4,3% erhöht; die jährliche Inflationsrate liegt jedoch jeweils bei ca. 8%. Die zu erwartende Personalkostensteigerungen aus den aktuellen Tarifverhandlungen TVöD und Marburger Bund werden sogar auf 10 bis 15% geschätzt. Gepaart mit einem Rückgang der stationären Behandlungen führt dies zu weniger Einnahmen. Mitschuld hierbei ist auch die im KHPfIEG Ende 2022 beschlossene Streichung des §10 Abs. 4 S. 3 KHEntgG, die eine mögliche Erhöhung des LBFWs für 2023 um weitere 5% verhindert hat. Weniger Einnahmen auf der einen und höhere Kosten auf der anderen Seite bringen die angeschlagenen Krankenhäuser ins Wanken. Von den 6 Milliarden €, die das Bundesgesundheitsministerium als Hilfspaket zur Kompensation der Energiekostensteigerungen den Kliniken bereitgestellt hat, werden nicht viel mehr als die pauschal verteilten 1,5 Milliarden € ankommen, da die Abrufvoraussetzungen für die weiteren 4,5 Milliarden € zu kompliziert und unrealistisch sind. Hauptkritikpunkt ist hierbei der in letzter Minute geänderte Referenzmonat März „2022“ statt „2021“. Somit bleiben die Kliniken auf dem Großteil der Kostensteigerungen sitzen. Das Hilfspaket war zwar gut gedacht, aber schlecht gemacht. Die KKB fordert daher vom Bund eine vollständige Ausschüttung der 6 Milliarden € sowie eine Rücknahme der Streichung des §10 Abs. 4 S. 3 KHEntgG verbunden mit einer rückwirkenden Erhöhung des LBFWs für 2023 um 5%.

Mitschuld an der schlechten finanziellen Lage der Krankenhäuser tragen auch die Bundesländer, die über Jahrzehnte ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser nur unzureichend nachgekommen sind. Die Kliniken waren somit gezwungen, möglichst viele Patienten zu behandeln und gleichzeitig an Material und Personal zu sparen, um zwingend notwendige Investitionen aus eigenen Betriebsmitteln finanzieren zu können. Die KKB fordert daher vom Freistaat Bayern eine dauerhafte Erhöhung des jährlichen Investitionsbudgets zur Krankenhausförderung von derzeit 643 Mio. € auf mindestens 900 Mio. €.